

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

12.4.1919 (No. 88)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Haupt-
schr.
leiter
C. A. m. d.
Druck
und Verlag:
C. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5.40 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5.40 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 20 P. zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassentabatt gut und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontokorrenten fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Zwei Fragen:

Wird die Verfassung genehmigt?
Soll die National-Verammlung als Landtag weiter gelten?
Werden durch Volksabstimmung am Sonntag den 13. April von 6 bis 8 Uhr entschieden.
Über Stimmberechtigte erscheint am Sonntag den 13. April bei der Wahlurne zur Teilnahme an der ersten deutschen Volksabstimmung.

Der Wirrwarr in Bayern.

In München ist, nach einer Meldung der „Deutschen Allg. Sta.“, die Räterepublik mit Waffengewalt gestürzt worden.

Der von den Kommunisten proklamierte Generalstreik ist nicht zur Durchführung gelangt. In einzelnen Betrieben ruht zwar die Arbeit, doch ist in der Stadt der Verkehr und das Geschäftsleben nicht unterbrochen. Dagegen machen sich im Wandel bereits die Wirkungen des gegen München gerichteten Streikstreiks durch Ausbleiben der Briefpost und der Unterbrechung der telegraphischen und telephonischen Verbindungen bemerkbar. Bei den Banken herrscht ein lebhafter Andrang. Der provisorische revolutionäre Zentralrat erläßt folgenden Aufruf:

„An das Proletariat! Die Einigung des revolutionären Proletariats ist unbedingt notwendig. Die Gegensätze zwischen dem gegenwärtigen proletarischen Zentralrat und der Kommunistenpartei Deutschlands sind keineswegs grundsätzlicher Natur. Der provisorische Zentralrat weiß sehr gut, daß die endgültige Einigung der obersten Volksgewalt allein Sache des Proletariats ist. Die Betriebsratswahlen werden im ganzen Lande schleunigt durchgeführt. Aus ihnen wird in aller kürzester Zeit die ordnungsgemäße Wahl der Volksbeauftragten und der übrigen Organe hervorgehen.“

Zur Sicherung der jungen Räterepublik sind die wichtigsten Anordnungen getroffen. Die rote Armee ist im raschen Werden begriffen. Die Bewaffnung des Proletariats hat begonnen und wird in wenigen Tagen vollständig durchgeführt sein. Die Entwaffnung der Bourgeoisie ist angeordnet. Proletarier einigt Euch! Die Früchte Eures Streites entsetzt nur die Reaktion, erntet nur die Weiße Garde. Wir wollen alle das selbe, und wir arbeiten umso besser, je tatkräftiger die entscheidenden Vertreter der sozialistischen und kommunistischen Ideen am gemeinsamen Werke teilnehmen. Nieder mit der kapitalistischen Bourgeoisie, es lebe das Proletariat! Der provisorische revolutionäre Zentralrat. (gez.) Toller.“

Über die Lage am Freitag wird aus München gemeldet: Die gemäßigten Elemente befehlen gegen die Führer vom Schlage des Dr. Lewin und des Berliner ruffischen Kommunistenführers Lewin das Übergewicht. Charakteristisch für die ganze heillos verworrene Situation der letzten 24 Stunden ist, daß das führende Mitglied des Zentralrates, Toller, gestern von den Kommunisten verhaftet wurde, um erst gegen nachmittag wieder freigelassen zu werden.

Das „Berl. Tageblatt“ meldet aus München auf direktem Wege: Die Einigung des Zentralrates mit den Kommunisten ist in der heutigen Mittagsstunde erfolgt. Die Kommunisten erklären sich bereit, mit beratender Stimme in den Zentralrat einzutreten.

Das Münchner Gemeindefolgeium hat, wie der „Lof.-Anz.“ berichtet, die vom Landtage eingesetzte Regierung als die gesetzmäßige anerkannt und verlangt unverzügliche Schritte gegen die das Leben der Stadt schwer schädigenden diktatorischen Maßnahmen, die zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der Stadt, wie zu einer Isolierung von Stadt und Land führen müssen.

Der „Berl. Lokalanz.“ meldet aus Nürnberg: Nach den hier vorliegenden Meldungen beginnt die Anhängererschaft der Räterepublik auf dem Lande stark zuzunehmen. In Ansbach, Ingolstadt, Wassertrüdingen, Weiden und der gesamten Oberpfalz hat man die Zustimmung zur Räterepublik zurückgegeben und sich zur Regierung Hoffmann bekannt.

Vom Garnisonsrat in Neu-Ulm wird telegraphisch mitgeteilt: Die Garnisonen Neu-Ulm, Dillingen und Neuburg, sowie ganz Nord- und Westschwaben stehen hinter der Regierung Hoffmann.

Aus Bamberg wird gemeldet:

Die heutige Nummer des „Freistaates“, das jetzige Regierungsorgan, veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Justizministeriums: Das Ministerium des Freistaates Bayern setzt sich zusammen wie folgt: Minister des Innern und des Kultus Hoffmann, Minister des Innern Segel, Minister für Landwirtschaft Steiner, Minister für Handel und Industrie Segel, Finanzminister i. B. Dr. Haller, Verkehrsminister i. B. Kolonnen, Minister für soziale Fürsorge i. B. Gasteiger, Minister für militärische Angelegenheiten, Schnepfenhork, Justizminister Endres.

„Laut „Berl. Lok.-Anz.“ hat sich die Regierung in Bamberg auf Wunsch weiter Vollstreckung in Bayern entschlossen zur Schaffung einer auf breiterer Grundlage zu bildenden Volkswehr. Der Landtag wird in den nächsten Tagen in Bamberg zusammentreten.

Wie dem „Berl. Tagebl.“ berichtet wird, hat sich Württemberg bereit erklärt, zusammen mit Nordbavarn Truppenkontingente gegen die Räterepublik zu stellen.

Rücktritt des Reichsfinanzministers.

Der „Vorwärts“ berichtet: Reichsfinanzminister Schiffer hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Eine Entscheidung über das Gesuch ist noch nicht gefallen. Es verlautet, daß Schiffer auf seinem Rücktritt besteht. Der Bestand des Kabinetts wird durch Schiffers Rücktritt nicht berührt.

Das Ende des Streiks im Ruhrrevier.

Aus Bochum wird gemeldet:
Die Konferenz der Vertrauensleute und des Aktionsausschusses des Deutschen Bergarbeiterverbandes beschloß, wie der „Vorwärts“ mitteilt, mit 317 gegen 22 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit unter folgenden Bedingungen:

1. Die Sechsstundenfrist einschließlich Ein- und Ausfahrt für den einzelnen Mann unter Fortzahlung der bisherigen Höhe wird sofort eingeführt. 2. Die Reichsregierung beruft ein Kommission, die die Frage der Einführung der Sechsstundenfrist prüft und geeignete Vorschläge macht. 3. Eine bessere Versorgung der Industriebezirke mit Lebensmitteln muß baldigt eintreffen. 4. Das Krankengeld muß in allgemeinen erhöht werden, jedoch in der höchsten Klasse bei drei Kindern ein Krankengeld von 7,50 M. bezahlt und das Sterbegeld erhöht wird. 5. Die Feuerungszulage für die bedürftigen Reichsinvaliden, Witwen und Waisen ist zu verdoppeln.

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen längeren Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrreviers, in dem sie unter Hinweis auf die zwischen der Regierung und den Bergarbeiterverbänden erzielte Einigung ernsthaft und dringend zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern.

Die Streiklage in Düsseldorf.

Die für gestern nachmittag von der Generalkommission einberufenen sieben Arbeiterverfassungen beschloßen, den allgemeinen Ausstand so lange fortzusetzen, bis die Regierung den letzten Schuß in Düsseldorf abgegeben hätte. Die Arbeiter des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes sind aus neue in den Ausstand getreten. In der Bahnhofsgegend und im Stadtteil Oberbilk wird heftig gekämpft. Die Regierungstruppen haben auch Minenwerfer in Tätigkeit gesetzt. — Die Bewegung gleitet immer mehr in das Spartakistische Fahrwasser hinüber. Die Barrikadenbauern im Stadtteil Oberbilk wurden durch Schützengräben und Steinwauern mit Schießscharten stark befestigt. Aus Häusern und von Dächern herab wird auf die Truppen geschossen.

Laut „Lof.-Anz.“ forderlen die Düsseldorfier Arbeiter den letzten Tag bis zum geitrigen Abend 175 Tote und 180 Verwundete, darunter 8 Tote und 24 Verwundete auf Seiten der Regierungstruppen. Hierbei sind die Opfer der vergangenen Nacht noch nicht inbegriffen, während die Spartakisten versuchen, den Hauptbahnhof von verschiedenen Seiten zu stürmen. Die Regierungstruppen haben bisher alle Angriffe zurückgewiesen, so einen starken Angriff auf das Gefängnis, das die Spartakisten mit Maschinengewehren und Handgranaten erobern wollten.

Spartakistengreuel in Hagen i. W.

Nach einer Meldung des „Berl. Lok.-Anz.“ von Hagen i. W. stürzten Spartakisten das dortige Gefängnis und befreiten wahllos die Gefangenen, unter ihnen eine große Anzahl schwerer Verbrechen, dagegen keinerlei politische Gefangene. Die Spartakisten haupen in dem Gefängnis wie die Wölfe und demolierten die Räume. Als eine Abteilung der Stadtwehr erschien, ergrieffen die Spartakisten die Flucht.

Der Streik der Bankbeamten.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Allgemeine Verband und der Deutsche Bankbeamtenverein haben sich dahin verständigt, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen allgemeinen Verhältnisse den Streik nicht sofort auf das Reich auszudehnen, sondern nur für Frankfurt, Hamburg und Leipzig die Streikparole auszugeben; das ist inzwischen von beiden Verbänden erfolgt. Die Verhandlungen nehmen unter Mitwirkung des Reichsarbeitsamts ihren Fortgang und sollen sich sehr schwierig gestalten. Nach den hier vorliegenden Telegrammen haben die Beamten der Bankinstitute in Leipzig erklärt, daß sie sich dem allgemeinen Bankbeamtenstreik anschließen werden.

Ende des Danziger Generalstreiks.

Der Generalstreik ist in Danzig beendet. Die gesamte Arbeiterschaft Danzigs wird ersucht, am Montag die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen.

Die Vorbildung der leitenden Verwaltungsbeamten.

Von Betriebsinspektor Kraus, Karlsruhe.

Die deutsche Revolution hat eine fundamentale Eigentümlichkeit des alten bürokratischen Systems beseitigt, die von den alten Regierungskreisen mit aller Fähigkeit bis zuletzt als Staatsnotwendigkeit aufrecht erhalten worden war. Sie hat nach dem Vorbilde der älteren Demokratien mit dem Grundsatze und der Anschauung gebrochen, daß die leitenden Regierungsmänner und Verwaltungschefs nur aus der Zahl der zumfugerechten, höheren vorkademeischen Verwaltungsbeamten bestimmt werden dürfen. Die verfassunggebenden Versammlungen haben unter Befähigung der demokratischen Forderungen die Regierungsmänner und Verwaltungschefs, von den früheren akademischen Vorbildungsbedingungen ganz unbeführt, aus der Zahl befähigter, führenden Männer des Volkes gewählt. Ein Reservatrecht der früheren Verwaltungs-männer ist damit beseitigt.

Der Zugang zu den höheren Regierungsämtern war zuletzt nur noch für staatsgeprüfte Juristen (Assessoren) und allenfalls noch Techniker (Regierungsbaumeister) möglich gemacht. Im preussischen Feudalstaat war dieser Grundsatze in lückenloser Durchführung begriffen. Das Reich und die anderen Bundesstaaten schlossen sich unter dem Einfluß der auch in ihren Regierungen ausschlaggebenden Akademikerorganisationen dem preussischen Verfahren an. Wo ausnahmsweise noch ein leitender Posten anders besetzt wurde, geschah es unter dem stärksten Widerstand der vermeintlich allein Berechtigten. Es darf dabei nur auf Einflüsse hingewiesen werden, die auf den Rücktritt Dernburgs als Staatssekretär hingewirkt hatten, nachdem er doch die Kolonialverwaltung mit vorzüglichem Geschick aus ihren Schwierigkeiten gehoben hatte.

Der Krieg, der in allen beteiligten Ländern die besten Kräfte zur höchsten Entfaltung aufrief, konnte in Deutschland die bürokratische Assessorensuprematie zunächst nicht erschüttern. Erst als sich die schweren Nachteile dieses Systems in der Diplomatie und der Verwaltung immer verhängnisvoller darstellten und der breitesten Öffentlichkeit bekannt wurden, daß gab der Reichsminister Bethmann-Hollweg die Losung aus: **Bahn frei dem Tüchtigen!** Das ganze deutsche Volk begrüßte diese befreiende Regierungsparole zunächst mit großer Zuvorkunft: In hoc signo vinces! Aber Reichsminister Michaelis hielt wieder daran fest, daß nur Männer mit entsprechender Vorbildung in die Regierung aufgenommen werden könnten. Erst als es zu spät war, erkannte man, daß nicht Vorbildung, sondern die Befähigung und der Geist allein der Regierung die schöpferischen Kräfte zur Verfügung stellen könne und daß uns darin die Feinde mit ihrem vorurteilstreuen Anruf der besten Köpfe bereits weit voraus überholt hatten. Da griff auch schon das deutsche Volk zur Selbsthilfe.

Was hat man mit dem alten streng zumfugmäßigen Assessorensystem bezweckt, was hat man damit erreicht? Man verhofft es nahe mit der Behauptung, daß grundsätzlich nur eine streng geregelte akademische Vorbildung mit fest geordnetem Studiengang auf deutschen Hochschulen die nötigen Kenntnisse für die Verwaltung höherer Staatsämter jeder Art vermitteln könne. Man unterstellte dieser Vorbildung allein alles Wissen und Können und die höchste Leistungsfähigkeit in der Verwaltung. Kein Wunder, daß der Zugang immer stärker wurde und die derart herangebildeten Akademiker sich weit über allen anderen Geistesarbeitern — auch wenn diese, wie Unternehmer oder Kaufleute schon Größeres geleistet haben — erhoben auf der Menschheit Höheren fühlten und für sich abgeflossen. Je stärker der Andrang sich geltend machte, desto strenger scharten sich die Auserwählten zum Schutze ihrer Vorbildungszeit und zur Abwehr jedes wirklich freien geistigen Wettbewerbs im Verwaltungsdienst des Volkes gegenüber allen anders Gebildeten zusammen. Ihre Vorbildung galt ihnen als der einzig maßgebende Befähigungsnaachweis, als Inbegriff aller wissenschaftlichen Anforderungen, als Träger des Verwaltungsmonopols, ja geradezu als Selbstzweck, wenn es sich um die Begründung ihrer Ansprüche handelte. Natürlich Begabung, organisatorische Fähigkeiten, Selbsterziehung, Umsicht, Gelistesgegenwart, kurz alle außerordentlichen persönliche Eigenschaften, die auch anderen Menschen Erlolge und Überlegenheit, vor allem auch wissenschaftliche Kenntnisse sichern können, mußten vor der Berufung auf die akademische Vorbildung zurücktreten. Wenn nun genügend geniale Männer mit diesen Eigenschaften unter den berechneten Akademikern sich finden ließen, war Regierung und Verwaltung auf der erreichbaren Höhe. Wo diese natürlichen Talente mit dem klarsten praktischen organisatorischen Geist und Blick unter den Berechtigten jedoch nicht vorhanden waren, litt das ganze Volk unter der erzwungenen Einseitigkeit.

Und diese Tatsache wurde gerade während des Krieges, wo das System der höchsten theoretischen Vorbildung seine stärkste Befähigung beweisen sollte, offenbar. Die Diplomatie mit ihrem strengen Examenwesen konnte gegen die praktischen Augen Vertreter der feindseligen Demokratien nichts ausdrücken und unterlag diesen vollkommen. In den Kreisen der Regierungsmänner konnte kein befähigter Staatsmann gefunden werden, wie sie die Feinde hatten. In der Verwaltung fehlte der großzügige praktisch organisatorische Geist und der klare Blick ins Bedürfnisleben der breiten Volksschichten. Der ganze Krieg wurde auf Theorien aufgebaut, die sich praktisch dann zum größten Teil als verfehlt erwiesen. Fernanankommen, die man als das Ergebnis langjähriger systematischer organisatorischer und geistiger Arbeit einer einzigartigen Ausbildung

Mit zwei Beilagen: 19. und 20. öffentliche Sitzung der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung.

und Verwaltung bezeichnet hatte, wurde von den vorurteilsfrei herangezogenen und vor allem praktisch begabten Dozenten unserer Feinde in wenigen Jahren nachgemacht und überboten.

Diese Feststellungen richten sich nicht gegen die akademische Vorbildung oder gegen die staatsgeprüften Akademiker schlechthin oder gar noch gegen die Wissenschaft. Im Gegenteil; wer Interesse an der freien vorurteillosen Entwicklung der Wissenschaften hat, muß entschieden Verwahrung einlegen gegen den im deutschen, hauptsächlich aber preussischen Verwaltungswesen üblichen Mißbrauch einer einseitigen wissenschaftlichen Vorbildung als allbeherrschender Selbstzweck. Die Wissenschaft erhält ihr Material keineswegs allein aus zumutgerechten Akademikerkreisen, und umgekehrt wird es kaum zutreffen, daß jeder Akademiker immer auch ein vollendeter Wissenschaftler ist. Es kann doch wohl nicht bestritten werden, daß sich zum akademischen Studium gar viele mäßigbegabte drängen, denen es schon große Mühe kostet, durch die Mittelschulen zu gelangen. Ein mit gewissem Fleiß betriebenes Studium wird sie schließlich auch an den Hochschulen zu ihrem Erganzungsziel führen und ihnen ein bestimmtes Wissen aneignen. Aber die natürliche Begabung und das schöpferische Talent, das ihnen fehlt, kann ihnen die Hochschule auch mit noch so erhöhter Semesterzahl nicht vermitteln.

Außerdem ist aber das wissenschaftliche Lernen und Streben bei der heutigen Entwicklung der Literatur und der Bibliotheken überhaupt nicht mehr so unbedingt notwendig an das früher übliche studentisch-akademische Hörsystem gebunden, so sehr auch die Hochschulen dauernd die Hochburgen und Zentralstellen der wissenschaftlichen Betätigung bleiben müssen. Die Aufgabe, das Wissen zu vermitteln, ist heute in der Hauptsache auf die wissenschaftliche Literatur übergegangen. Auf diese ist auch der akademische Hörer wesentlich angewiesen. Ein begabter strebsamer und wissenschaftsbegehrter Mann kann mit Hilfe dieser Literatur auch ohne förmliches oder streng eingehaltenes Hochschulstudium in die Tiefen der Wissenschaft eindringen. Nicht auf die Art, wie er sich das Wissen erworben hat, sondern auf das Ausmaß, den Wert und die Anwendung seines Könnens kommt es letzten Endes an. Der Versuch, dem gegenüber eine Alleingültigkeit der lehrplanmäßigen akademischen Vorbildung mit der geordneten Semesterzahl begründen zu wollen, muß als unwissenschaftliches Vorgehen bezeichnet werden.

Schließlich ist durchaus umstritten, ob und inwiefern das theoretische Studium vor der praktischen Berufsanleitung vorteilhafter wirken kann, als während oder nach einer gewissen praktischen Vorbereitungszeit. Wer Theorie und Praxis miteinander lernen lernt, wird sich insbesondere bei der Erfahrungs- und den technischen Wissenschaften viel erfolgreicher über die Zusammenhänge, die Ursachen und Wirkungen der Erscheinungen klar werden und die allgemein gültigen Lehren und Erfahrungen daraus herleiten können. In Ländern wie England und Amerika scheint man dieses Vorbildungsverfahrens dem unferigen deshalb im allgemeinen vorzuziehen.

Noch eine Begründung ist von den Vollakademikern für die Wahrung ihrer Alleinansprüche bisher zuweilen geltend gemacht worden, die Kostenfrage ihres Studiums. Die Zeit hat über diese kapitalistische Auffassung inzwischen das Urteil gesprochen. Im übrigen hat der Staat, da die Hochschulen ihre Selbstkosten bei weitem nicht decken, für alle Studierenden immer namhafte Beträge geleistet.

Der Staat kann nicht die Vorbildung seiner Beamten schlechthin bezahlen, er darf nur die Leistungen und ihre tatsächliche Brauchbarkeit honorieren. Er muß also sein Förderungssystem nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der höchsten Tüchtigkeit einrichten, wenn er sich die größtmöglichen Erfolge in der Verwaltung sichern will. Die verlannt ohne alle weiteren Rücksichten das Volkswohl. Das allmählich auch von den süddeutschen Bundesstaaten übernommene preussische bürokratische Punktsystem, hat dem deutschen Volke schwere Enttäuschungen gebracht, weil es an innerer Unwahrscheinlichkeit litt. Es war zu feudal, zu undemokratisch und praktisch zu anfruchtbar.

Die neue Demokratie stellte die Forderung auf: Bahn frei dem Tüchtigen! In der Verwaltung wird sie also dieser Parole Gestalt geben und die einseitigen, imaginären Reservatrechte beseitigen müssen.

Badischer Teil.

** In einem Teil der Presse wird mitgeteilt, daß der Bauernverein eine Erhöhung des Milchpreises auf 65 Pfg. pro Liter beschlossen habe. Diese Mitteilung könnte zu Mißverständnissen Anlaß geben, weshalb darauf aufmerksam gemacht wird, daß es Sache der Regierung ist, den Milchpreis festzusetzen. Die Regierung beabsichtigt aber, wie sie erst kürzlich erklärte, eine Erhöhung des Milchpreises nicht.

** Wegen Schleichhandels mit Vieh und Geheimschlachtungen wurde den Metzgern und Wirten Artur Köhler, Ignaz Reier, Robert Zieger und Joseph Beck von Oberhausen (Amt Brudthal) die Weiterführung ihres Metzgereibetriebes untersagt.

** Die Wirtschaft zum „Künzlerhaus“ in Karlsruhe wurde wegen Verletzungen gegen die Vorschriften über die Lebensmittelversorgung geschlossen.

** Das Reichsernährungsministerium hat sich auf Antrag der badischen Regierung damit einverstanden erklärt, daß gestattet wird, die Mahl- und Schrotkarten für Haushaltungen von nicht mehr als höchstens fünf Köpfen auch zur Schaffung eines Vorrats für die Zeitdauer von höchstens 3 Monaten auszustellen.

* Nr. 23 des Badischen Gesetzes u. Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen der Badischen vorläufigen Volksregierung; die Anstellung im öffentlichen Dienste betreffend; des Ministeriums des Innern: den Verkehr mit Bier und Erbsäbier betreffend.

* Badische Rundschau.

Am morgigen Sonntag findet die Volksabstimmung über die neue badische Verfassung und über das Weiterbestehen der verfassunggebenden Nationalversammlung als ordentlicher Landtag statt. Zum erstenmal wird damit unser ganzes Volk unmittelbar über die Annahme oder Ablehnung eines Gesetzes die letzte Entscheidung treffen. Die grundlegende Bedeutung, die gerade diese Abstimmung für unser ganzes Staatsleben haben wird, liegt auf der Hand; es darf daher erwartet werden, daß kein Staatsbürger dem Wahlgang fern bleibt, der sein eigenes und des Landes Geschick für die Zukunft festlegt. Die Ausübung des Wahlrechts ist eine moralische Pflicht. Im jedem Einzelnen Gelegenheit zu geben, sich eingehend mit dem Inhalt der Verfassung bekannt zu machen, ist der Wortlaut des Gesetzes im ganzen Lande verbreitet worden. Die Parteien haben, mit Ausnahme der Unabhängigen, ihre Mitglieder aufgefordert, für die Annahme beider Entwürfe zu stimmen, so daß über das Ergebnis der Abstimmung kein Zweifel herrschen kann.

Es dürfte die Öffentlichkeit gerade in diesen Tagen besonders interessieren, einige persönliche Daten über die Mitglieder der badischen Nationalversammlung zu erfahren. Von den 107 Abgeordneten wurden 84 im Lande selbst und 23 in anderen Bundesstaaten geboren. Unter den letzteren stammt die Mehrzahl, nämlich acht, aus Bayern, fünf wurden in Preußen geboren, drei in Württemberg, zwei in Koburg-Gotha und je einer in Elsaß-Lothringen, Anhalt, Sachsen, Schwarzburg-Rudolstadt und Lippe. Verhältnismäßig gering ist — etwa im Vergleich zu Württemberg, wo nicht weniger als 60 von 150 Abgeordneten in Stuttgart wohnen — die Zahl der Abgeordneten, die ihren Wohnsitz in Karlsruhe haben; es sind ihrer insgesamt 16. Neun von den Abgeordneten sind Frauen. Dem Berufe nach verteilen sich die Abgeordneten wie folgt: fünf gehören der Landwirtschaft an, zwölf sind Bürgermeister und zugleich Landwirte oder Gewerbetreibende, zwei Berufsbürgermeister, fünfzehn selbständige Gewerbetreibende, vier Zeitungsverleger und Redak-

teure, sieben Geistliche und obere Kirchenbeamte, zwei Hochschul-, zwei Mittelschul- und fünf Volksschullehrer, sechs sind obere, drei mittlere Beamte, einer unterer Beamter, einer Staatsarbeiter, zwei Gemeindebeamte, neun Privatangestellte, fünf Privatarbeiter. Die Zahl der Partei-, Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre beträgt zwölf, die der freien Berufe (Rechtsanwälte und Aerzte) neun. Ein Abgeordneter ist als Mitglied des Soldatenrates aufgeführt. Vier sind „ohne Beruf“, nämlich Ehefrauen. Der Konfession nach sind die katholischen Abgeordneten mit 63 in der Mehrzahl, 34 sind evangelisch, 11 freireligiös, 6 konfessionslos, 2 israelitisch und 1 altkatholisch. Die meisten Mitglieder stehen im Alter von 41 bis 60 bzw. von 51 bis 60 Jahren. In diese beiden Altersstufen fallen je 38 Abgeordnete. 15 stehen im Alter von 31 bis 40, 13 im Alter von 61 bis 70 und 3 im Alter von 25 bis 30 Jahren.

Einen kleinen Trost in unseren Nahrungsmitteln dürften gewähren die vorgelegten in der Nationalversammlung abgegebenen Erklärungen des Geh. Oberregierungsrats Dr. Schneider. In Beantwortung einer Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Weizmann über den Anteil Badens an den ausländischen Nahrungsmitteln teilte der Redner mit, daß von den ersten 20 000 Tonnen Speck 614 Tonnen, das sind 12 280 Zentner auf Baden entfallen und daß die Regierung unter Darlegung der schwierigen Verhältnisse des Landes erreicht, daß sobald ein Schiff mit Speck nach Mannheim komme, auch von der ursprünglichen Absicht, von dem Auslandsmehl nur Berlin, Sachsen und die Inbaugebiete zu beliefern, ist man, wie Geh. Rat Schneider weiter darlegte, auf die dringlichen Vorstellungen Badens hin, abgesehen, so daß auch unser Land einen gewissen Anteil davon erhält. Die Verteilung ist so gedacht, daß auf den Kopf der gesamten Versorgungsbedürftigen Bevölkerung wöchentlich 125 Gramm Speck und 50 Gramm Fett abgegeben werden. Weizenmehl soll in einer wöchentlichen Menge von 250 Gramm als Zusatzration gegeben werden. Bemerkenswert ist die von der Entente vorgeschriebene Bestimmung, daß die Lebensmittel nicht an Leute abgegeben werden dürfen, die aus eigenem Verschulden arbeitslos sind; es werden also alle Bezirke, in denen ein Streik ausbricht, von der Belieferung mit diesen Lebensmitteln ausgeschlossen; auch bei wilden Streiks in Fabriken werden die beteiligten Arbeiter für ihre Person nichts erhalten. Grundsätzlich der Verteilung kann, wie aus den Darlegungen des Redners hervorgeht, nicht wie im Reich an der Unterscheidung zwischen Industrie u. anderen Gemeinden festgehalten werden, auch nicht an der Bestimmung, daß die Nahrungsmittel in erster Linie den Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern zugute kommen sollen. Die Regierung wird die Verteilung nach bestem Wissen und Gewissen so vornehmen, wie es den tatsächlichen Bedürfnissen und Verhältnissen entspricht. Billig werden übrigens diese Lebensmittel nicht sein; die Preise werden sich auf 4,50 Mark für das Pfund Speck und auf 2 Mark für das Pfund Weizenmehl belaufen. Umso beherziger dürfte die ernste Mahnung, die Geheimrat Schneider im Zusammenhang mit seinen Mitteilungen an die Bevölkerung richtete: zu arbeiten, und zwar zu arbeiten, als vor dem Kriege, da dies das einzige Mittel ist, unsere Verluste zu verbessern und uns vor dem Hunger und Zusammenbruch zu retten.

Wie notwendig die Zufuhr aus dem Auslande ist, erhellt erneut aus einer jeden aus Heidelberg kommenden Meldung, nach welcher dort eine fleischlose Woche eingetreten ist, weil die zur Lieferung von Schlachtwild verpflichteten Kommunalverbände die Stadt im Stich gelassen haben. So hat beispielsweise der Kommunalverband Sinshelm statt 54 Stück Vieh nur 5 Stück geliefert. Man wird kaum festgehen, wenn man die Ursache für dieses Versagen wenigstens zum Teil in dem gemeingefährlichen Unflug des Schwarzschlachtsens und des Schleichhandels sucht.

Die Einführung der Sommerzeit ist, wie wir an anderer Stelle berichten, von der deutschen Nationalversammlung mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Damit ist zugleich den Wünschen weiter Kreise der badischen Bevölkerung, vor allem der badischen Landwirtschaft, Rechnung getragen.

Badische Nationalversammlung.

* Zur Wohnungsnot haben die Abgeordneten Geurich, Raft usw. nachstehende Interpellation an die Regierung gerichtet: „Ist der Regierung bekannt, daß die Wohnungsnot in ganz Baden in erschreckender Weise weiter um sich greift? Ist der

Galerie Moos.

Ausstellung der Gruppe Nix.

Was viele noch vor wenigen Monaten für ein Ding der Unmöglichkeit gehalten hätten, das ist jetzt zur Tatsache geworden: Der Expressionismus hat sich bei uns durchgesetzt. Er wird als eine erst zu nehmende Kunstrichtung eingeschätzt, und wenn auch ein großer Teil des Publikums heute noch — teils aus vererbten, ästhetischen Anschauungen heraus, teils aus Unwissenheit — der neuen Kunst ablehnend gegenübersteht, so will das nicht viel besagen, da es von jeher der älteren Generation sehr schwer geworden ist, mit den Erzeugnissen einer neuen Zeit mitzugehen. Das ablehnende Verhalten dieses Teiles der Öffentlichkeit fällt also keineswegs entscheidend ins Gewicht. Die Hauptsache bleibt, daß die wirklich lernbefähigten, fortschrittlichstintigen und mit dem Herzen der Kunst zugehenden Elemente der Bevölkerung den Expressionismus recht zu bewerten, ja aufrecht zu stehen beginnen.

Wir müssen immer, wenn es sich um die Beurteilung von Kunstfragen handelt, von der Tatsache ausgehen, daß der Europäer, vor allem aber der Mitteleuropäer, überhaupt nicht mehr jenes innerliche, im Gefühl gegründete Verhältnis zur Kunst besitzt, welches allein ihn befähigt, bildende Kunst zu verstehen. Es ist das der Fluß unserer einseitig intellektuellen und literarisch gerichteten Erziehungsweise, einer Erziehungsweise, die dem Vermenden wohl klar zu machen vermag, wann Rembrandt gelebt hat, wie er gelebt hat und was er geschaffen hat, die aber leider nicht darauf aus ist, den Freund der Kunst mit wachen und aufnahmefähigen Augen vor das Kunstwerk selbst zu führen und ihm durch das Medium der Anschauung und Betrachtung das rechte Empfinden von der Kunst und ihren Werten beizubringen. Die Kunstgeschichte ist es, die sozusagen wissenschaftliche Forschung, die sich zwischen das Kunstgefühl des Volkes und die Schöpfung des Künstlers gedrängt hat. Und gehen wir es nur ein: die Eitelkeit des europäischeren Bildungsbürgers ist dieser Methode gar zu willig entgegengekommen!

Der Impressionismus und Naturalismus ist der künstlerische Ausdruck dieser Tendenzen gewesen. Gewiß bedeutete er gegenüber der Historienmalerei und gegenüber der mythologischen oder literarisch beeinflussten Malweise des vorigen Jahrhunderts infolgedessen einen gewaltigen Fortschritt, als er sich bemühte, die Erscheinung als solche für die materielle Darstellung zu erobern, die selbständigen Reize dieser Erscheinung zu entdecken und die Freude an der Erscheinung

zu pflegen. Leider ist der Impressionismus damit aber von dem Objekt gar zu abhängig geworden. Und bald hat man erkannt, daß der konsequente Naturalismus nichts anderes bedeutet kann, als die Erötung des selbständigen Gefühls und der eigenwilligen künstlerischen Schöpfer- und Gestaltungs-kraft.

Der Impressionismus war so recht der künstlerische Ausdruck einer mechanisierten, die Erkenntnis einseitig bevorzugenden Zeit. Abhängigkeit von dem Willen, von dem System, Anbetung der Materie und der Erfolgsgier, gar zu hohe Bewertung der Außerlichkeiten des Daseins: so würde das Charakteristikum dieser verflorenen Epoche zu lauten haben. Auf dem Gebiete der Politik hat diese Mechanisierung zur völligen Verdrörrung geführt. Ihre höchsten Leistungen mußte sie naturgemäß auf technischem Gebiete herbeibringen. Im Bereiche der Kunst lagen die Dinge so, daß alle die Maler und Bildhauer, die wirkliche Künstler waren, die Gemütskräfte naturalistischer Glaubenslehre in sich überwandten und trotz dieser Glaubenslehre bedeutende Werke von bleibendem Werte schufen; wie es denn ja von jeher das Kennzeichen des echten Künstlers gewesen ist, daß er bei aller äußerlicher Abhängigkeit von der jeweils herrschenden Maltechnik sowenig sein eigenes Innenleben gestaltet.

Der Expressionismus ist die Kunstströmung unserer Zeit; einer wildwüchsigen Epoche, in der die Persönlichkeit wieder zu ihrem Rechte gelangt. Selbstverständlich kündigt sich diese neue Epoche mit allen Zeichen des Sturms und Dranges an. In der Fremde, das Recht der Persönlichkeit, das heilige Recht des Gefühls wieder entdeckt zu haben, gehen die Künstler dieser Richtung oft zu weit, sie überschlagen sich förmlich selbst und finden eine schier satanische Befriedigung daran, ihre neue Kunst dem Spießbürger wie eine Handgranate vor die Füße zu werfen. Das sind Ausartungen, wie sie noch jedesmal eine Epoche, die Neues gebären wollte, erlebt hat; und ich bin überzeugt davon, daß die ganze neue Kunst bald in Wahn einlenken wird, die eine feste künstlerische Tradition schafft. Gerade diese künstlerische Tradition ist es, die uns fehlt, nur sie allein wird die Grundlage für eine wirkliche Kultur abgeben können. Wir wollen doch nie vergessen, daß wir seit den Zeiten der Gotik in Europa überhaupt keine Kultur wieder gehabt haben, wenigstens keine eigenständige, aus dem Boden Mitteleuropas selbst herausgehorene Kultur. Wir haben gebohrt und Anleihen gemacht und haben diese Anleihen nach Maßgabe unserer Eigenart bearbeitet; und nur wenige, große Künstler hat es gegeben, die sich über die Gebundenheiten und Abhängigkeiten unserer mit Empfinden als Kultur ausgeprägten Zivilisation emporhoben.

Was die Vereinigung Karlsruher Künstler, die sich „Gruppe Nix“ nennt, will, sagt sie selbst auf dem kleinen bedruckten Zettel, der dem Besucher der Ausstellung überreicht wird. Es erübrigt sich also, an dieser Stelle des näheren darauf einzugehen, umso mehr, als ich ja bereits den Gegenstand der zwischen der neuen und der alten Kunst bestehend, kurz gekennzeichnet habe. Die Ausstellung gibt dem Besucher willkommene Gelegenheit, sich durch eigene Anschauung von dem, was der Expressionismus will, zu überzeugen. Daß unser Karlsruher Publikum diese Arbeit der geistigen und gefühlsmäßigen Bereicherung mit einer eifervollen Hingabe leistet, ist nicht zu verkennen. Wie man hört und sieht, wird die Ausstellung tagaus, tagein sehr zahlreich besucht. Sie umfaßt übrigens im wesentlichen alle Sonderrichtungen der neuen Kunst, den Expressionismus im engeren Sinn, den Kubismus und Futurismus.

Abgesehen von Jabotin und Schlichter, die hier in Karlsruhe etwa als die Führer zu gelten haben, ist der Expressionist Walter Weder die bedeutendste Erscheinung unter den ausstellenden Künstlern. Er ist der urwüchsigste, der mit dem kräftigsten und doch feinsten künstlerischen Gefühle begabte, er ist der technisch Sicherste und der überzeugendste. Ganz intellektualistisch tritt Eugen Segewitz an die neue Kunst heran. Er hat sich offenbar gesagt: Warum soll nicht auch ich solche Sachen malen? Und er hat sich daran gemacht, den Entschluß in die Tat umzusetzen. Bisher ist nicht viel Gutes dabei herausgekommen. Was an seinen Bildern zu loben ist, ist jedenfalls nicht der Ausdruck der neuen, sondern der alten Kunst. Eckart Fischer ist mit Schöpfungen vertreten, die sehr verschieden in ihrem Werte sind. Auch bei ihm ist das meiste noch recht akademisch (bei welchem Wort natürlich an eine Akademie des Expressionismus zu denken ist). Vorwärtsweisende Bilder sind dagegen „Der gelbe Tag“ und „Wachsen und Landchaft“. Der Expressionist Georg Scholz hat tiefe Gefühle und schneidet in Farbenkompositionen, die von nicht gewöhnlichem Reize sind. Als der konsequenteste Jünger der neuen Kunst gilt Egon Zita. Zweifellosh ist diese Einschätzung berechtigt: nur müßten die Bilder von Zita isoliert gehängt und isoliert betrachtet werden, und zwar recht lange, damit man ganz in das einwirkenden vermag, was der junge Maler gewollt hat. Zita hat mir leider die Zeit gefehlt. Im übrigen habe ich Herrn von Jabotin, der übrigens mit zwei ganz hervorragenden Gemälden vertreten ist, gebeten, selbst einmal schriftlich oder mündlich zum Publikum zu sprechen, da ich der Meinung bin, daß er der geeignetste Mann wäre, uns mit den Absichten und Zielen der neuen Kunst, sowie mit der Gefühlswelt aller dieser neuen Künstler selbst vertraut zu machen. Curt Amend.

Regierung weiter bekannt, daß besonders in den größeren Städten Hunderte von Familien mit Kindern gezwungen sind, mit einem einzigen Zimmer als Wohnung vorlieb zu nehmen. Die von der Regierung und den Gemeinden bis zur Stunde ergriffenen Maßnahmen sind nicht genügend, um eine wesentliche Besserung der Wohnungsnot herbeizuführen. Was gedenkt die Regierung nun endlich zu tun, um hier Abhilfe zu schaffen? Ist sie bereit, die durch die teilweise Entlassung des Heeres freigewordenen Kasernen und sonstigen staatlichen Gebäuden baldmöglichst für Wohnungen bereit zu stellen?

Tagung des Arbeitsausschusses Badens des Vereins f. Kommunalwirtschaft u. -politik.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Habermehl, Pforzheim, fand vor kurzem im Rathaus zu Karlsruhe die erste Sitzung des Arbeitsausschusses Baden statt, zu welcher sechs Städte Vertreter entsandt hatten. Als ersten Punkt der Tagesordnung behandelte Dr. Ester, Freiburg, das neue badische Gemeindegesetz an Hand des vor kurzem der Nationalversammlung zugegangenen Gesetzentwurfs.

Bürgermeister Dr. Weiß, Eberbach, berichtete über Krankheitsfälle für den gebildeten Mittelstand. Es sollte für diesen für Ausheilung chronischer Krankheiten eine Unterkunftsöglichkeit mit erschwinglichen Preisen in einem Sanatorium geschaffen werden. Infolge Aufhebung eines Offiziers-Lazarets in Heidelberg wäre jetzt Gelegenheit geboten, ein geeignetes Hotel zu günstigen Bedingungen zu erwerben und als Sanatorium inzurichten. Für die Aufnahme würden vor allem Beamte, Ärzte, Geistliche, Angehörige freier Berufe und ähnliche Kreise in Betracht kommen. Zu den Verpflegungskosten sollten die Organisationen der verschiedenen Berufsgruppen (Beamtenvereine usw.) sowie die Kreise und Gemeinden Zuschüsse in Höhe von etwa 2 Mark pro Person und Tag gewähren. Der Verpflegungssatz sollte für den Benutzer der Anstalt 6 Mark nicht übersteigen. In der Besprechung wurde ein solches gemeinnütziges Unternehmen als eine dringende Notwendigkeit anerkannt. Die Kreise, Städte und Berufsorganisationen sollen um finanzielle Unterstützung desselben angegangen werden.

Bürgermeister Dr. Kleinschmidt, Karlsruhe, verarbeitete sich über die städtischen Verbrauchssteuern in Baden. Seit 1910 bestehen nur noch Abgaben von Bier und Wein. Für Bier galt bisher ein Höchstfuß von 65 Pfennig für das Hektoliter Vollbier und von 36 Pfennig für Einfachbier. Das neue badische Biersteuergesetz vom 3. Oktober 1918 enthält keine Beschränkungen für die Gemeinden mehr. Es sollte daher eine Erhöhung über den bisherigen Höchstfuß hinaus schon mit Rücksicht auf die bedeutend gestiegenen Bierpreise angestrebt werden. Auch beim Wein stehen die Abgabefüße (1,21 Mark pro Hektoliter bei Raumsteuer und 2,18 Mark pro Hektoliter bei Verkaufsteuer) in keinem Verhältnis mehr zu den heutigen Preisen. Die Vermehrungen der Städteordnungsstädte um Erhöhung dieser Sätze auf Grund des neuen Reichsweinsteuergesetzes vom 28. Juli 1918 waren erfolglos, da das Reichsschatzamt den Standpunkt vertritt, daß die bezüglichen Bestimmungen des Zollvereinsvertrages von 1867 auf dem die bisherigen Höchstfüße beruhenden, noch weiter Geltung haben. Die Verhandlungen mit der Regierung werden fortgesetzt.

Die aber in der Aussprache hervorgehoben wurde, ist gegenwärtig wenig Aussicht für eine zeitgemäße Ausbaumöglichkeit der städtischen Verbrauchssteuern vorhanden; es habe vielmehr schon bei der letzten Abänderung der betreffenden Reichsgesetze die Gefahr einer völligen Aufhebung dieser Abgaben bestanden.

Am Schluß der Sitzung brachte der Vorsitzende noch eine Zuschrift des Bürgermeisters Dr. Thorbecke, Singen, zur Verlesung, in welcher die Veranstaltung von Vorträgen über aktuelle, technische und wirtschaftliche Fragen von dem Ausschuss angehörenden Fachleuten angeregt wurde, welche einem weiteren Zuhörerkreis aus den beiden Städteverbänden (größeren und mittleren Städte) zugänglich gemacht werden sollten. Der Vorsitzende wird sich wegen der Übernahme solcher Vorträge an die betreffenden Herren wenden und auch bei den Städteverbänden darauf hinwirken, daß sie dem Arbeitsausschuss geeignete Gegenstände zur Bearbeitung überweisen. Eine weitere Sitzung soll alsbald wieder einberufen werden.

Die orthopädische Anstalt in Heidelberg.

Über die Errichtung der im vorigen Jahr mit einem Kapital von mehreren Millionen ins Leben gerufenen orthopädischen Anstalt wird nun bekannt, daß mit den Bauarbeiten schon in der allernächsten Zeit begonnen wird, daß die Bauzeit aber etwa 2 Jahre umfassen wird. Infolge der Entwertung des Geldes mußte das Projekt hinsichtlich der Baukosten siebenmal geändert werden, obwohl drei Millionen Mark zur Verfügung stehen. Die Anstalt will in erster Linie den Kriegsgeschädigten durch Behandlung und Nachbehandlung helfen, dann die wissenschaftliche Bearbeitung der Bewegungsstörungen ermöglichen und zeitens dem Unterricht für Studenten und Ärzte dienen.

Wohnungsfürsorge in Karlsruhe.

Die Tätigkeit des Karlsruher städtischen Wohnungsamtes hat in den letzten Monaten seit der Rückkehr des Heeres in die Heimat und infolge der damit zusammenhängenden Wohnungsnot einen erheblichen Aufschwung genommen. Durch Vermittlung des Amtes wurden an Wohnungen vermietet: im November 46, im Dezember 129, im Januar 143, im Februar 253 und im März 462. Als Folge der Besichtigungen der Wohnungen in der Stadt durch die zu diesem Zweck bestimmten Wohnungskommissionen hat sich eine große Anzahl von Hausbesitzern und Wohnungsinhabern veranlaßt gefunden, von sich aus Notwohnungen einzurichten oder einzelne Zimmer an Wohnungssuchende abzugeben. Mit einer weiteren großen Anzahl führten Verhandlungen und Vereinbarungen durch Vermittlung des Wohnungsamtes zum Ziel. Da nunmehr aber auch der letzte Rest aufgebraucht ist, wird unter Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen zur zwangsweisen Einmietung geschritten werden müssen. Zur Begutachtung der Frage, ob im einzelnen Fall zwangsweise vorgegangen werden soll, wird eine Kommission eingesetzt, welche die einschlägigen Verhältnisse an Ort und Stelle prüfen wird. Der Stadtrat hat das Wohnungsamt beauftragt, mit Nachdruck alle zulässigen Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot zu ergreifen. Insbesondere soll auf Abschluß der Verhandlungen mit der Militärverwaltung über die Abgabe von Baracken und Kasernen zur Unterbringung der Zivilbevölkerung gedrängt werden. Das Hochbauamt wird beauftragt, Vorschläge zu machen zum Bau weiterer Kasernen aus Holz, ähnlich den an der Durmersheimerstraße bereits erstellten. Der Bau der Kleinhäuser im Stadtteil Daglanden soll beschleunigt werden, ebenso der Bau der Häuser hinter der Zulla-Straße in der Oststadt. Aber den Bau einer Kleinhäuser-Siedlung an der Durlacher Allee soll der Bürgerausschuss in der demnächst noch stattfindenden Sitzung Beschluß fassen.

Der Katholizismus und die neue Zeit.

Aber dieses Thema sprach in einem von ca. 8000 Personen besuchten Vortrag in der Festhalle zu Karlsruhe Paltr Siegmund O. M. C. In seinen Darlegungen über die Stellung der katholischen Kirche zur neuen Regierung und zur Sozialdemokratie führte er u. a. aus: „Daß wir die Regierung unterstützen, schließt in sich die Emanzipation des 4. Standes. Früher konnte die Kirche die Sozialdemokratie nicht unterstützen, weil sie es mehr als ihre Aufgabe betrachtete, Autorität, Gehorsam und Disziplin zu unterstützen; heut ist sie für uns, nachdem sie für das Volk alles tun will, was man kann, nicht mehr die Partei des Umsturzes, und darum hat die Kirche die Verpflichtung und das Bedürfnis, auch ihr die Unterstützung zu geben: Wir haben das in Baden damit getan, daß alle Parteien in die Regierung eingetreten sind. Für uns Katholiken bedeutet die Sozialdemokratie keine Revolution mehr, sondern sie ist eine Reform großen Stiles.“ Dramatisch gestalteten sich li. B. B. die Darlegungen des Paters zur religiösen Frage. Bisher habe man immer gesagt, es ist nicht möglich, einen religiösen Gedanken mit der Sozialdemokratie zu lösen; man hat die Sozialdemokratie immer so apostrophiert: „Ihr wollt keine religiösen Gedanken in euren Reihen haben!“ Heute, nachdem wir die neue Staatsform haben, ist es notwendig, daß wir einen Schritt weiter gehen. „Wenn man sich früher an die politische Partei gewendet, gestalte ich mich heute ein anderes, ich wende mich an die katholischen Sozialdemokraten, die draußen stehen, wenn sie eine Reorientierung haben wollen, wenn sie wollen — was in letzter Zeit wiederholt betont worden ist — daß katholische Geistliche in die Sozialdemokratie eintreten: „Geben Sie auch einmal eine aktivistische Erklärung abzugeben, daß die Religion Ihnen eine Notwendigkeit ist? Wir können nicht in eine politische Partei eintreten, aber wenn Sie erklären: Wir haben es notwendig, daß die Religion eine Volksfrage ist, dann ist ein Schritt getan, ein großer Schritt, der zum gegenseitigen Verstehen führen kann. Ich möchte diesen Gedanken hinwerfen und möchte, daß er aufgegriffen wird, nicht nur in Karlsruhe, sondern in ganz Baden. Es ist notwendig, daß wir da klare Wege schaffen und auf freiere Wege kommen! Hier muß ich betonen, daß die Antwort nicht von uns gegeben werden kann, sie muß von draußen kommen. Wir wissen, noch niemand hat diese aktivistische Erklärung abgegeben. Wir hören meist: Freidenker; wir wissen aber, daß drüben mehr Katholiken sind als Freidenker. Warum haben sie noch nicht gesagt: Wir wollen Religion und wir wollen Religion auch pflegen? Wir wollen die Religion nicht als Herzens- und Gemütsfrage allein, wir wollen sie auch als Volksfrage ansehen! Demis Ruf erwarten wir! Ich würde den Tag selig preisen, wo wir Geistliche hineinkönnten als Krebiger der gewaltigen Erneuerung von innen heraus und wo diese Erneuerung des Volkslebens sich entwickeln könnte! Ich weiß und fühle es, daß es vielen in dieser Zeit nicht ganz klar ist bei diesen Gedanken; auch ich bin mir selbst nicht klar. Aber ich kann nicht anders, wo der große positive Aufbau zusammenzubrechen droht und niemand weiß, ob die heutige Gärung abgeschlossen ist. . .“

Aus dem badischen Partelleben.

Die sozialdemokratische Parteikonferenz des früheren 4. bad. Reichstagswahlkreises (Breisach-Lörrach-Mühlheim-Staufen) nahm nach Referaten der Mitglieder der bad. Nationalversammlung Wösl und Kießlich und einer lebhaften Aussprache eine Entschließung an, in welcher mit großem Befremden Kenntnis genommen wird von der finanziellen Abfindung des Groß. Hauses, ohne daß vorher eine genaue Vermögensdarstellung erfolgte. Die Konferenz bringt zum Ausdruck, daß die Politik der sozialdemokratischen Fraktion nicht immer diejenige war, wie man sie in der Revolutionszeit hätte erwarten können und verlangt eine entschiedener, stärker nach links orientierte Stellungnahme und eine schärfere Betonung der sozialdemokratischen Grundsätze auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

Wachtstellung.

Mit der Entlassung des Jahrgangs 1899 und mit der demnächstigen Auflösung der Truppenteile des Armeekorps wird es unmöglich, weiterhin die militärischen Wachen zu stellen, denen bisher die Bewachung von Depots aller Art, Waffen- und Gerätelagern, Arrest- und Gefangenen-Anstalten, militärischen Gebäuden und Anlagen usw. übertragen war. Soweit es nicht möglich ist, auf diese Wachen in Zukunft zu verzichten, oder sie durch Zusammenlegen oder Auflösen der bewachten Depots, Lager usw. zu verringern, wird der Wachtdienst in Zukunft im allgemeinen nur ausgedehnt werden: a) durch bei den einzelnen Anstalten bereits vorhandene oder anzuwerbende Zivilangestellte, b) durch Volks- usw. Wehren im Benehmen mit den Städten und Gemeinden, c) durch Truppenteile des badischen Volksheres bezw. der späteren Reichswehr. Letzterer Wachtdienst muß jedoch in Rücksicht auf die Aufgaben dieser Truppenteile auf das allergeringste Maß beschränkt bleiben. Bei Begehung der Wachen sind nach einer Anordnung des Generalkommandos und des Landesauschusses der Soldatenräte Badens die örtlichen Lohnverhältnisse zu Grunde zu legen. (B. Pr.)

Kurze Nachrichten aus Baden.

- Grünwettersbach, 10. April. Am Mittwoch den 9. d. M. wurde in Grünwettersbach zur Behebung der Wohnungsnot und Förderung des Baues gesunder Wohnungen eine gemeinnützige Baugenossenschaft gegründet. Die Vorarbeiten, bei denen insbesondere Herr Pfarrer Wilens und Gemeinderat Mattusch tätig waren, wurden an diesem Tage beendet. Dem zu schreibenden Werke brachte die Gemeinde großes Verständnis entgegen, was schon aus der Anmeldung von 100 Mitgliedern hervorgeht. Erfreulich ist, daß auch viele sich einschreiben ließen, die die Arbeit lediglich finanziell unterstützen wollen, um die drückende Wohnungsnot zu beheben. Zum künftigen Geschäftsführenden Vorsitzenden wurde Herr Hauptlehrer Ottmar Weder, zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates Herr Werner gewählt. Es ist zu wünschen, daß auch in anderen Gemeinden sich die Gemeindeglieder in ähnlicher Weise zur Behebung der Wohnungsnot zusammen tun.
- oc. Pforzheim, 11. April. Die Neuanmeldung der Typhusfälle betrug gestern 56, so daß die Gesamtzahl auf 2491 gestiegen ist.
- oc. Tauberbischofsheim, 10. April. In einer Bauernversammlung wurde der Antrag angenommen, die Stadtgemeinde möge die ungefähr 36 Hektar umfassenden ertragreichen Wiesen des Fürsten von Leiningen erwerben und an die Landwirte veräußern.
- Singen a. S., 11. April. Die Beamten der Maggi-Werke sind heute vormittag wegen Gehaltsforderungen in den Ausstand getreten. An dem Streik beteiligten sich sämtliche Angestellten.
- Konstanz, 10. April. Das 6. badische Freiwilligen-Bataillon wird hier aufgestellt.

Badische Zeitungsstimmen.

An die vernünftige deutsche Arbeiterschaft richtet ein sozialdemokratischer Parteiangehöriger in der „Volkswacht“ unter Zurückweisung verschiedener, den Mehrheitssozialisten von den Unabhängigen und Spartakisten gemachter Vorhalte mahnende und warnende Worte.

Er schreibt: „Jeder Sozialist wird nichts sehnlicher wünschen, als die rasche Sozialisierung. Aber selbst die geistigen Führer der Unabhängigen wie Kautsky und Hilferding, betonen immer wieder, daß diese Umwandlung Zeit brauche und jetzt in der furchtbaren wirtschaftlichen Not erst recht nicht überstürzt werden kann. Es ist ein Verbrechen, wenn man die Arbeiter in den Glauben versetzt, es fehle nur an der Sozialisierung, um aller Not ein Ende zu machen. Wenn die Bergwerke sozialisiert sind, aber nicht genügend Kohlen gefördert werden, so ist unsere Industrie lahmgelegt und wir müssen den Bergleuten erhalten keine Nahrungsmittel vom Ausland. Wenn in den Kalibergwerken, in der Strohstoffindustrie und bei der Herstellung von künstlichem Salpeter nicht gearbeitet wird, so erhält die Landwirtschaft keinen künstlichen Dünger, die Ernte wird noch schlechter, als letztes Jahr, und wir haben noch weniger Nahrungsmittel. Diejenigen, welche die Arbeiter jetzt irreführen, wird der Born der Arbeiter treffen, wenn sich die Enttäuschung einstellt.“

Den Unabhängigen, die so gerne die Nachahmung der russisch-bolschewistischen Kampfmethoden empfehlen, sollte die Warnung, die Lenin nach Ungarn telegraphierte, zu denken geben. Lenin selber warnt dringend vor einer Nachahmung dieser Methoden. Die Anhänger des Bolschewismus sollten nicht nur Formen nachahmen, sondern auch beachten, in welchen Dingen Lenin-Trotsky grundsätzlich ungelernert haben. In Rußland ist zwar die Macht des Kapitalismus gebrochen, aber keineswegs der Sozialismus eingeführt. Rußland befindet sich noch in einem Übergangsstadium, und zwar in einem Übergangsstadium bei dem es den Arbeitern noch viel schlechter geht, als bei uns, und die russischen Arbeiter haben gar keine Aussicht, daß sie schneller in bessere Verhältnisse kommen, als wir.“

Es ist auch eine gefährliche Irreführung der Arbeiter, wenn man ihnen immer wieder sagt, die zweite Revolution müsse kommen. Wir brauchen keine zweite Revolution, sondern die Weiterführung der ersten. Die soziale Revolution, die der politischen folgen muß, hat erst begonnen. Die Revolution kann aber nicht mit Detreten gemacht werden. Sozialisieren kann man auf verschiedene Art. Durch die Erhebung einer hohen Vermögensabgabe wird mehr sozialisiert, als mit der Verstaatlichung einiger Betriebe.

Es ist sehr leicht, über die Regierung zu schimpfen, und selber nichts tun. Die U.S.P.-Leute, die sich von aller Regierungsarbeit befreit haben, sollen doch die notwendigen Organisationsarbeiten schaffen, um das Wohnungsproblem, die Nahrungsmittelversorgung und andere Dinge auf genossenschaftlicher Grundlage zu sozialisieren, sie werden dann schon merken, daß die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes oder eines Statuts schon eine gewisse Arbeit erfordert und die Durchführung erst recht. Dazu kommt dann noch die täglich zu leistende Kleinarbeit.

Das Schlimmste an der Agitation der U.S.P. und der Kommunisten ist, daß sie die Arbeiter von der Arbeit abhalten. Manche mögen sich dem Wahne hingeben, daß die Arbeiter freudig zur Arbeit zurückkehren, wenn die Diktatur des Proletariats errichtet ist. Aber auch dieser Glaube ist ein Irrtum. Der keine Teil wirklich sozialistisch geschulten Arbeiter wird das tun, die große Masse der bis jetzt Unorganisierten wird aber immer höhere Forderungen stellen. Jeder Streik, jede Störung und jeder Mißgriff im Wirtschaftsleben verschlechtert unsere Ernährung und vermindert unsere Arbeitskraft.“

Aus der Landeshauptstadt.

In der Galerie Moos werden die Vorträge über die neue Kunst fortgesetzt. Am Mittwoch spricht Herr Dr. W. Fraenger-Heidelberg in seinem 3. Vortrage über „Die abstrakte Kunst“ und wird dabei insbesondere auf die jetzige Sonderausstellung der neuen Karlsruher Künstlergruppe „RIH“ näher eingehen.

Volkshausbund. Auf die am 15. April im großen Rathausaal stattfindende dramatische Regitation des Bühnenfesten Dramas „Dantons Tod“ durch Herrn Bruno Schönfeld vom hiesigen Landestheater, sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

Staatsanzeiger.

Die badische vorläufige Volksregierung hat unter dem 2. April d. J. beschlossen, den bisherigen Direktor der Höheren Mädchenschule mit Lehrerinnenseminar in Strahburg, Geheimen Studienrat Dr. Karl Weh aus Einsheim a. d. Elsenz, unter Verlassung seines Titels als Geheimen Studienrat zum Direktor an der Fichelschule in Karlsruhe zu ernennen.

Seine Erzelenz der Herr Erzbischof hat die Pfarrei Leutkirch, Dekanats Linggau, dem bisherigen Pfarrer Fridolin Dressel in Neusäß verliehen. Dieser ist am 23. März d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Der von Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Fürstenberg auf die Hofkaplanei Heiligenberg präsenzierte bisherige Hofkaplaneiwever Ewald Bernbach daselbst, ist am 19. März d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Das Ministerium des Innern hat unterm 20. März d. J. den Amtsakuar Erich Engler von Oberkirch, a. St. Verwaltungsassistent bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Freiburg, aus dem staatlichen Dienst entlassen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 25. März d. J. den Verwaltungsekretär Joseph Hefner bei der Rebenstelle des Landesgewerbeamtes in Furtwangen aus dem badischen Staatsdienst entlassen.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat verlegt: unterm 9. Dezember 1918 den Oberbaufreier Richard Wagner in Mannheim nach Karlsruhe, unterm 24. Dezember 1918 den Eisenbahningenieur August Knapp in Eberbach nach Billingen, unterm 19. Januar 1919 den Kaufsekretär Emil Mühlhaupt in Mühlheim nach Schopfheim und unterm 13. Februar 1919 die Kaufsekretäre Friedrich König in Karlsruhe nach Mannheim und Karl Krämer in Mannheim nach Karlsruhe.

Privat Pädagogium Karlsruhe

führt bis Abitur (auch Mädchen) jeder Mittelschule. — Dürftige Kriegerwaisen schulgeldfrei. — Empfehlungen im Prospekt. — Wiesel, Besitzer (1892/07) Mitvortrag am Institut fecht.

Möbelhaus

Resichtigung
ohne Anzeigung
Ecke Kaiser-Douglasstr. (Hauptpost)
Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzel-Möbel.
Aufbewahrung völlig kostenlos.
Mühlburg Philippstr. 19 Telefon 5224.

die Ware bei
billigst Berechnung

Gebr. Karrer

Metallwerk J. Goeggel & Sohn

Kupfer- und Messingwerke
München — Moosach

fertigt

Kupfer, Messing, Tombak, Aluminium

in Platten u. Blechen, Rund-, Vierkant-
- und Profil-Stangen, Preßteile

Kupferne Lokomotiv-Feuerbuchs-Platten

Kupfer- und nickelplattierte Eisenbleche.

Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus:

Sonntag, den 13. April:

nachmittags 1/2 Uhr abends 7/8 Uhr
Sondervorstellung (So. 3)

„Die Rabensteinerin“ „Fidelio“

Mont. 14. (No. 29.) Lucia von Lammermoor. 7-9 1/2
(4.80 M.) — Dienst. 15. (Die 28.) Der Schwarzkünstler.
7 1/2-9 1/2 (4.30 M.) — Mittw. 16. 4. Sinfonie-Konzert.
1. Brahms Doppelfoniert für Violine und Violoncello
(Josef Weischer und Paul Krautwetter) mit Begleitung
des Orchesters. 2. Brückner, 7. Sinfonie E-dur für
großes Orchester. 7 1/2-9 1/2 (1-5 M.) — Sonnt. 20.
nachm. 2. Sondervorst. Im weißen Rössl. 2-4 1/2 (70 Pf.
bis 3.20 M.) Abends 7/8 Sondervorst. Hoffmanns Er-
zählungen. 6 1/2-9 1/2 (7.30 M.) — Mont. 21. nachm. 2
Sondervorst. Die fünf Trauflüchter. 2-4 (70 Pf. bis
3.20 M.) abends 7/8 Sondervorst. Eine Nacht in Be-
nedig 6 1/2-9 1/2 (4.80 M.) — Dienst. 22. (Die 29.) Der
Revolutionär. 7 (4.30 M.) — In der Festhalle. Mittw.
23. II. Volkstümliches Sinfonie-Konzert. 8-9 1/2 (1 M.,
1.50, 2 M.) 6.300

Volkshaus Karlsruhe

Dienstag, den 15. April abends 8 Uhr,
im großen Rathhausaal

Dantons Tod

Drama von Georg Büchner

Inszeniert von Bruno Schönfeld, Mit-
glied des badischen Landestheaters

Karten zu 1.-Mark im Vorverkauf in
der Musikalienhandlung von Fritz
Müller und an der Abendkasse. 6.351

Hohenfels:

„Gasthaus u. Pension“ 1/2 Stundev.d.
Stat. Althaus Post. Linie Basel-Kon-
stanz. Teleph. Schönster Punkt des
wäld. Althaus. Inmitten herrl. Tann-
wald. bietet Erholungsbedürftig an-
nehm. Aufenthalt. Gate Verpfl. Bes.: Fritz Schlegel.

Beamten-Schule Oberndorf a. Neckar
Fachschule für Damen u. Herren zur Ausbildung für d. Ver-
waltungs- u. Verkehrsdienst. Stellenvermittl. Prosp. „Ka“ fr.

Günstige mich zum Ankauf von
**Offiziersuniformen, Wäsche,
Schmucksachen aller Art**
EBSB usw. Gest. Angebote erbittet
Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52 Telefon 3747.

Ämtliche Bekanntmachung.

Die Regelung der Arbeitszeit
gewerblicher Arbeiter betr.
Der Demobilisierungsausschuss Karlsruhe erteilt
auf Grund des § 10 der Verordnung des Staatskom-
missars für die wirtschaftliche Demobilisierung vom
15. Januar 1919, die Erparung von Heiz- und Be-
leuchtungsmitteln betr. (Ges. und V.-D.-Bl. S. 21), vor-
behaltlich etwaiger neuer gesetzlicher Regelung, den in
den Amtsbezirken Achern, Baden, Bretten, Bruchsal,
Pöhl, Durlach, Ettlingen, Karlsruhe und Rastatt ge-
legenen Handwerksbetrieben, die bis zu 10 Arbeiter be-
schäftigen, die Genehmigung, werktäglich 8 Stunden
arbeiten zu lassen. 2657
Durch diese Genehmigung wird ein Anspruch der
betreffenden Betriebe auf Nachlieferung mit Brenn-
stoffen nicht begründet.
Die übrigen Betriebe sind an die oben erwähnte
Bestimmung gebunden, soweit nicht ausdrücklich Be-
reitungen ausgesprochen worden sind.
Karlsruhe, den 9. April 1919.
Der Vorsitzende
des Demobilisierungsausschusses Karlsruhe. O. J. 190

Die hiesigen unterzeichneten Banken,
bei denen Arbeits-Niederlegung
seitens der Angestellten erfolgt
ist, teilen mit, daß sämtliche bei
ihnen für Rechnung ihrer Kunden laufen-
den Aufträge und Angebote für die Ber-
liner Börse, einschließlich der Widerruf-
orders, im Interesse der Kundschaft gestrich-
ten sind und nach Wiederaufnahme des
Betriebes der Erneuerung bedürfen.

Berlin, den 9. April 1919.
**Bank für Handel und Industrie
Commerz- und Disconto-Bank
Direction der Disconto-Gesell-
schaft
Dresdner Bank
Mitteldeutsche Creditbank
Nationaibank für Deutschland.**

F. Novak
Wiener Modesalon 1. Ranges
Karlsruhe, Zähringerstrasse 110, Fernsprecher 3639
Anfertigung fst. Herrngarderobe
sowie Damen-Kostümen, Mänteln, Gesellschafts-
Kleidern, Brautkleidern und feinst. Wiener Blusen
Umänderungen werden angenommen.

Große
Auswahl **Schlafzimmer**
Mahagoni — Eiche — Hufeisener


**Speise- und Herrenzimmer
Küchen**
Vorteilhafte Preise! Vorteilhafte Preise!
Möbelhaus
Mayer Weinheimer
Karlsruhe
32 Kronenstrasse 32
Gekaufte Möbel werden kostenlos
zurückgestellt.

Am Ostersonntag, 19. April d. Js.

bleiben die Geschäftsräume der unter-
zeichneten Banken und Bankiers

geschlossen

**Badische Bank,
Veit L. Homburger,
Mitteldeutsche Creditbank,
Rheinische Creditbank,
Straus & Co.,
Süddeutsche Disconto-
Gesellschaft.**

Badische Kleider-Klinik
30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) Telefon 4120
Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.
Umänderungen jeglicher Art werden unter Garantie für tadellosen Sitz
ausgeführt. Prompte Bedienung. Billige Preise.
WOLF AMSTOWSKI.

Bekanntmachung.

Die Listen der Wahlberechtigten der Han-
delkammer liegen für die Stadt Karlsruhe nebst
Vororten in unserer Geschäftsstelle (Kaiserstr. 201),
für die übrigen, zum Amtsbezirk Karlsruhe gehörenden
Orte, in deren Rathhäusern vom 16. April ds. Js.
an 8 Tage zur Einsicht der Beteiligten auf. 6350
Spätestens innerhalb 8 Tage nach Schluß der
Offenlegung sind bei Ausschlußverfahren mit den er-
forderlichen Bescheinigungen etwaige Einsprüche gegen
die Aufnahme in die Listen oder die Übergehung in
ihnen bei der Handelskammer anzumelden.
Karlsruhe, den 11. April 1919.

Die Handelskammer
für die Kreise Karlsruhe u. Baden.
Gsell. Dr. Krienen.

Wie wählen wir

in Baden den Bürgeraus-
schuß und den Stadtrat
od. Gemeinderat nach
dem Verhältnis-
wahlverfahren?

Von Kammerstenograph Ernst Frey.
Mit ergänzenden Vorschlägen von
Min.-Rat Dr. E. Ritter. — Preis
70 Pfg. und Feuerungszufschlag.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung und vom
Verlag der G. Braunschen Hof-
buchdruckerei in Karlsruhe (Baden).

Futter-Häufel

maggonweise abzugeben
Nährmittelfabr. Peter
Rastatt.

Brenn-Holz

Buchen u. Eichen, 3 Strecken
der Kohlen, Forsten, Tannen
(Anfeuerholz), amtlich fest-
gestellte Preise. Das Holz
wird auf Verlangen von 1
Femmer an aufwärts zuge-
führt. Ausgabestelle:
Serwigstraße 53
Fr. Kempermann
Telephon 5306
Brandholzgeräth, Spalterei und
Händlungsdruck
Hauptstelle der elektrischen Wasser-
an-Schlusshof.

Altertümer

in Möbeln, Schmuck,
Silber, Zinn usw. laufe
zu hohen Preisen
An- u. Verkaufsgeschäft
Neukam,
Kammstr. 6 im Hof, Tel. 3546
Beim Grundbuchamt Mann-
heim ist die Stelle eines
Grundbuchbeamten
alsbald zu besetzen. Bewerber,
welche die Befähigung
zum Richteramt besitzen,
wollen ihre Meldung unter
Angabe der Gehaltsan-
sprüche und des Lebenslaufes
bis zum 20. April d. Js. ein-
reichen. 6341
Mannheim, 9. April 1919.
Grundbuchamt.

Kräutlein, perfekt im Ver-
lauf u. mit allen Büro-
arbeiten vertraut, sucht
in Karlsruhe od. Umgeb.
Filiale oder sonstigen
Vertrauensposten. Ration
kann gestellt werden.
Angeb. erbeten unt. G. 340
an die Exped. d. Karlsru. Ztg.

Die fleischlose Küche

in der Kriegszeit
weist einfachen Köchlechten
Bearbeitet von
Käthe Birke
Mit nahezu 700 Koch-
vorschriften,
Preis geb. 3 M.

Ein eigenartiges Kochbuch
mit vielen überraschend
neuen erprobten Gerichten,
ein schätzenswerter Berater
der Hausfrau besonders
jezt in der fleisch- und
fettarmen Zeit.

Verlag der G. Braunschen Hof-
buchdruckerei in Karlsruhe

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
2.675. Baden. Im Kon-
kursverfahren über den
Nachlaß des zuletzt in Oos
wohnhaft gewesenen Tape-
ziers Friedrich Braun ist
Termin zur Anhörung der
Gläubigerversammlung
über die Einstellung des Ver-
fahrens wegen Unzuläng-
lichkeit der Masse (§ 204 B.-O.)
bestimmt auf
Mittwoch, den 28. April 1919,
vormittags 10 Uhr.
Baden, 9. April 1919.
Bad. Amtsgericht I.

2.659. Trierberg. Die durch
Beschluß des Amtsgerichts
Trierberg vom 19. Dezember
1905 wegen Verschwendung
und Trunksucht ausgespro-
chene Entmündigung des
lebigen Uhrmachers und
Landwirts **Alfons Hummel**
von Schönwald wird auf-
gehoben. 6341
Trierberg, 25. März 1919.
Bad. Amtsgericht II.